

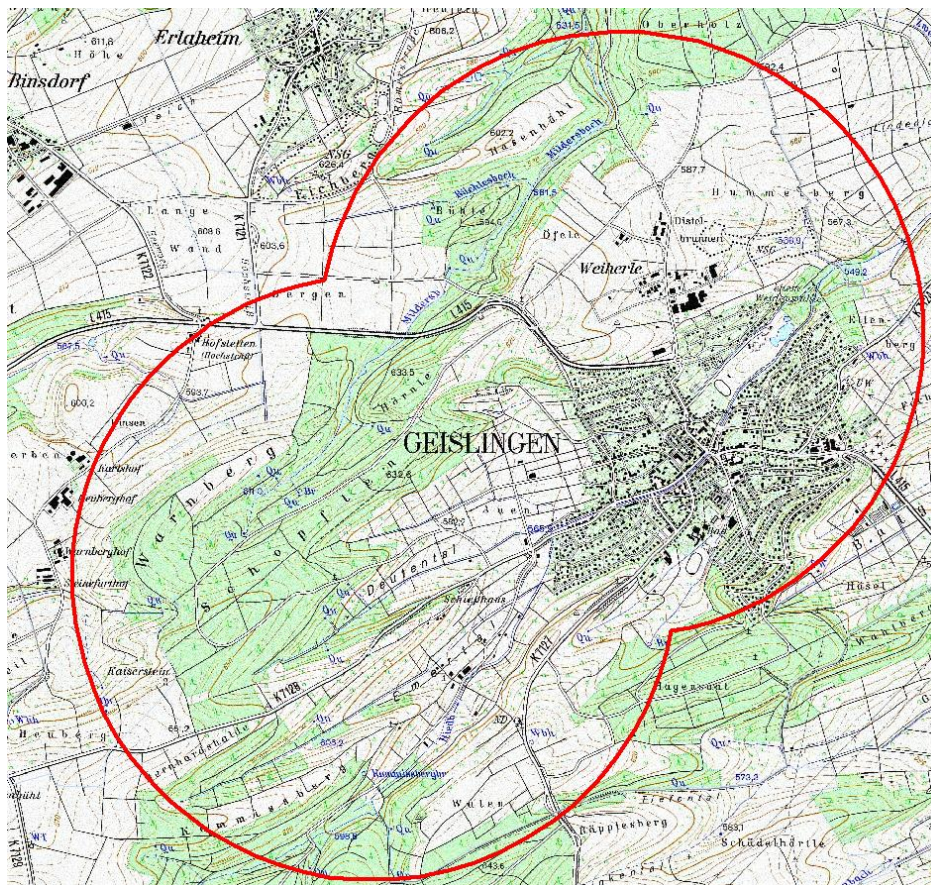


- Amtliche Bekanntmachung -

Allgemeinverfügung zur Bekämpfung der Amerikanischen Faulbrut der Bienen

Gemäß § 10 Abs. 1 der Bienenseuchen-Verordnung (BienenseuchenVO) vom 03.11.2004 (BGBl. I S. 2738), zuletzt geändert durch Art. 7 der Vierten Verordnung zur Änderung tierseuchenrechtlicher Verordnungen vom 17. April 2014 (BGBl. I S. 388 ff.), erlässt das Landratsamt Zollernalbkreis folgende Anordnung:

1. Ein Teilgebiet der Gemeinde Geislingen wird zum Sperrbezirk erklärt. Der genaue Verlauf des Sperrbezirkes kann einer Karte entnommen werden, welche auf der Homepage des Landratsamtes Zollernalbkreis hinterlegt ist.



Postanschrift
Landratsamt Zollernalbkreis
Hirschbergstraße 29
72336 Balingen

Telefon 07433 / 92-01
Telefax 07433 / 92-1666
E-Mail post@zollernalbkreis.de

Öffnungszeiten
Mo-Do 08.00 - 12.00 Uhr
Do 15.00 - 17.30 Uhr
Fr 08.00 - 12.30 Uhr

und rund um die Uhr auf
www.zollernalbkreis.de

Bankverbindungen
Sparkasse Zollernalb
IBAN DE54 6535 1260 0024 0000 79
BIC SOLADES1BAL

Volksbank Hohenzollern-Balingen eG
IBAN DE22 6416 3225 0017 0000 09
BIC GENODES1VHZ

Seite
1 von 4



2. Für den **unter Ziff. 1 festgelegten Sperrbezirk** werden folgende Schutzmaßnahmen angeordnet:
 - a) Die Besitzer von Bienenvölkern im Sperrbezirk oder ihre Vertreter haben - soweit dies noch nicht geschehen ist - unverzüglich ihre Bienenstände unter Angabe des Standortes und der Völkerzahl beim Landratsamt Zollernalbkreis, Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Robert-Wahl-Str. 7, 72336 Balingen, anzuzeigen.
 - b) Die amtliche Untersuchung auf Amerikanische Faulbrut aller Bienenvölker und Bienenstände im Sperrbezirk wird unverzüglich angeordnet. Diese Untersuchung ist frühestens zwei, spätestens neun Monate nach der Tötung oder der Behandlung der an der Seuche erkrankten Bienenvölker des verseuchten Bienenstandes zu wiederholen.
 - c) Bewegliche Bienenstände dürfen aus dem Sperrbezirk nicht entfernt werden. Verbringungen negativ untersuchter Völker innerhalb des Sperrbezirks sind dem zuständigen Bienensachverständigen unverzüglich mitzuteilen. Für weitere Verbringungen ist vorab die Genehmigung des Veterinäramtes einzuholen.
 - d) Bienenvölker, lebende oder tote Bienen, Waben, Wabenteile, Wabenabfälle, Wachs, Honig, Futtervorräte, Bienenwohnungen und benutzte Gerätschaften dürfen nicht aus den Bienenständen entfernt werden.
 - e) Bienenvölker oder Bienen dürfen nicht in den Sperrbezirk verbracht werden.
 - f) Besitzer von Bienenvölkern und Bienenständen oder deren Vertreter sind verpflichtet, die zur Durchführung der unter Buchst. b genannten Untersuchungen erforderliche Hilfe zu leisten.
3. Die Allgemeinverfügung gilt an dem auf die öffentliche Bekanntmachung folgenden Tag als bekannt gegeben.
4. Die Anordnungen in den Ziff. 1 und 2 gelten bis auf Widerruf.

Begründung:

Das Landratsamt Zollernalbkreis ist gemäß § 3 Landesverwaltungsverfahrensgesetz - LVwVfG) in Verbindung mit §§ 1 und 4 Gesetz zur Ausführung des Tiergesundheitsgesetzes (TierGesAG) die örtlich und sachlich zuständige Behörde.

Der Ausbruch der Amerikanischen Faulbrut wurde entsprechend dem Ergebnis des Staatlichen Tierärztlichen Untersuchungsamtes Aulendorf vom 10.06.2024 erstmalig amtlich festgestellt.

Die Amerikanische Faulbrut der Bienen ist eine übertragbare, bakteriell bedingte Tierseuche, die große Schäden an der Bienenbrut verursacht und dadurch die Überlebensfähigkeit von Bienenvölkern in einer Region ernsthaft gefährden und dementsprechend erhebliche wirtschaftliche Schäden hervorrufen kann. Sie gehört zu den anzeigepflichtigen Tierseuchen gemäß § 1 Nr. 2 a der Verordnung über anzeigepflichtige Tierseuchen in Verbindung mit § 4 Tiergesundheitsgesetz (TierGesG).

Die Anordnung des Sperrbezirks basiert auf den §§ 10 und 11 der Bienenseuchenverordnung.



Ist die Amerikanische Faulbrut in einem Bienenstand amtlich festgestellt, erklärt die zuständige Behörde das Gebiet in einem Umkreis von mindestens einem Kilometer um den Bienenstand zum Sperrbezirk.

Da die Flugweite der Bienen mehr als einen Kilometer betragen kann und die Flugweite auch von der Entfernung des Bienenstandes zu besonders trächtigen Bienenweiden abhängig ist, muss der Radius des zu bildenden Sperrbezirks den gegebenen Verhältnissen angepasst werden und, falls erforderlich, größer als nur ein Kilometer sein (Ausführungshinweise zur Bienenseuchenverordnung). Bei der Auswahl der Maßnahmen wurden die mögliche Weiterverbreitung des Erregers, Strukturen der örtlichen Bienenhaltung, Überwachungsmöglichkeiten sowie die Ergebnisse bereits vorliegender Untersuchungen berücksichtigt.

Die Bekämpfung der Amerikanischen Faulbrut mit staatlichen Maßnahmen ist von größter Bedeutung, da diese Krankheit bei Bienen ohne gezielte Bekämpfungsmaßnahmen nicht nur die Imkerei allgemein gefährden würde, sondern auch beträchtliche ökologische Folgen (unzureichende Blütenbestäubung durch Bienenflug) nach sich ziehen kann.

Die in der Verfügung angeordneten Schutzmaßnahmen für den Sperrbezirk ergeben sich aus den §§ 4 und 5 b in Verbindung mit § 11 Bienenseuchenverordnung.

Bekanntmachung:

Nach § 41 Abs. 4 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG) gilt eine Allgemeinverfügung zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntmachung als bekannt gegeben. In einer Allgemeinverfügung kann ein hiervon abweichender Tag, jedoch frühestens der auf die Bekanntmachung folgende Tag bestimmt werden. Da die angeordneten Maßnahmen im Interesse einer wirksamen Tierseuchenbekämpfung unverzüglich greifen müssen, wurde von dieser Regelung im öffentlichen Interesse Gebrauch gemacht. Die Veröffentlichung erfolgt entsprechend der Satzung über die öffentliche Bekanntmachung der Stadt Geislingen im gemeindlichen Amtsblatt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Landratsamt Zollernalbkreis, Sitz in 72336 Balingen, erhoben werden. Die Frist wird auch gewahrt, wenn der Widerspruch beim Regierungspräsidium Tübingen, Konrad-Adenauer-Straße 20, 72072 Tübingen, eingelegt wird.

Gemäß § 37 Tiergesundheitsgesetzes hat eine Anfechtung dieser Anordnung keine aufschiebende Wirkung. Es kann jedoch ein Antrag auf Anordnung bzw. Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung beim Verwaltungsgericht Sigmaringen, Karlstr. 13, 72488 Sigmaringen, gestellt werden.

Hinweis:

- I. Die in der Ziffer 2 d) angeordnete Schutzmaßnahme findet keine Anwendung auf
 - a. Wachs, Waben, Wabenteile und Wabenabfälle, wenn sie an Wachs verarbeitende Betriebe, die über die erforderliche Einrichtung zur Entseuchung des Wachses verfügen, unter der Kennzeichnung „Seuchenwachs“ abgegeben werden, und
 - b. Honig, der nicht zur Verfütterung an Bienen bestimmt ist.

- II. Der Verzehr von Honig, auch von Bienenvölkern aus dem Sperrbezirk, ist nach wie vor gesundheitlich für den Menschen unbedenklich.



- III. Die Begründung zu dieser Allgemeinverfügung – einschließlich Karte- kann während der allgemeinen Öffnungszeiten beim Landratsamt Zollernalbkreis, Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Robert-Wahl-Str. 7, 72336 Balingen, Zimmer Nr. 131 eingesehen werden.

Balingen, den 13.06.2024

gez. Dr. Wagner